FS-01

In Zukunft investieren statt dauerhaft in Aufrüstung!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Philipp Schmagold (KV Plön)
Tagesordnungspunkt:	FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

Im Errichtungsgesetz für die kreditfinanzierten 100 Milliarden Euro des sogenannten "Sondervermögens Bundeswehr" wurde festgehalten, dass im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre etwa 2% des Bruttoinlandsproduktes in den Militärbereich fließen werden. Wir, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, haben dies durch unsere Bundestagsfraktion mehrheitlich mitgetragen, auch wenn der Entstehungsprozess eher als eine Überrumpelung durch Bundeskanzler Olaf Scholz gefolgt von der Angst vor einem vorzeitigen Ende der Ampel-Koalition bezeichnet werden kann.

Wir GRÜNE sind gerade deswegen dafür, dauerhaft, also nach diesen fünf Jahren der Aufrüstung, die 2% des Bruttoinlandsproduktes an Militär und Rüstungsindustrie oder umgerechnet etwa 15% des Bundeshaushaltes wieder nach unten zu fahren. Denn unter dem Deckmantel der „Fähigkeiten für Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit“ droht sonst die dauerhafte Etablierung von Rüstungsausgaben auf der einmal durchgesetzten Maximalhöhe.

Mit der NATO sind wir Teil des stärksten Militärbündnisses der Welt und werden durch die Beitritte der sympathischen Staaten Schweden und Finnland sogar noch stärker ohne einen einzigen zusätzlichen Panzer, ein zusätzliches Kriegsschiff oder weitere Kampfflugzeuge kaufen zu müssen.

Wir lehnen dauerhafte Militärausgaben in dieser Höhe auch deshalb ab, weil wir das Geld an anderen Stellen brauchen werden. Das zeigt sich schon an den unsozialen Einsparvorschlägen von Finanzminister Lindner, der etwa bei den Finanzmitteln für die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen radikal kürzen möchte. Dauerhafte Militärausgaben von 2% des Bruttoinlandsproduktes lehnen wir aber auch deshalb ab, weil erstens die nun geplante materialintensive Aufrüstung sehr viel CO2 freisetzt und zweitens auch der Betrieb von vielen weiteren Panzern, Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen stark klimaschädlich ist in einer Zeit, in der wir eigentlich unser Augenmerk dem Klimaschutz und nicht der Maximierung unserer bestehenden militärischen Überlegenheit widmen müssten.

Begründung

Nachdem unsere Bundestagsfaktion die als "Sondervermögen" bezeichneten 100 Milliarden Euro Sonder-Kredite für die Aufrüstung mitgetragen hat und sich hinsichtlich der 2% für Aufrüstung in den kommenden fünf Jahren gebunden fühlt, werden wir uns mit diesem Beschluss erstmalig dafür einsetzen, nicht dauerhaft, also auch nach diesen fünf Jahren der Aufrüstung, auf dieser Maximalhöhe zu bleiben, sondern die Militärausgaben möglichst schnell wieder auf die gemäßigten Höhen der Vorjahre zurückzufahren, also auf maximal 10% des Bundeshaushaltes statt der nun angestrebten Maximalhöhe.

Danke an alle über 2.500 GRÜNE-Unterstützer*innen unserer Urabstimmungs-Initiative „In ZUKUNFT investieren statt in Aufrüstung“: Wir sind noch nicht genug, aber auf keinen Fall alleine!

https://beteiligung.gruene.de/urabstimmung/Zukunft_investieren_statt_in_Aufruestung-61421

weitere Antragsteller*innen

Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Elke Struzena (KV Fürstenfeldbruck); Josef Reitemann (KV Märkisch-Oderland); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Dustin Rösemann (KV Gifhorn); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Ralf Bohr (KV Bremen-Ost); Martin Pilgram (KV Starnberg); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Erich Hinderer (KV Main-Spessart); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bettina Markl (KV Pfaffenhofen); Franz-Josef Grömping (KV Rhein-Sieg); Julia Goschke (KV Havelland); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.